wahlkreis-rundschau 2/2015

Rainer Arnold Mitglied des Deutschen Bundestages

Nürtingen, Juli 2015

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die offizielle Sommerpause steht kurz bevor und die Ereignisse überschlagen sich. Die andauernde Krise in Griechenland bestimmt zurzeit die Medien und die Politik. Leider hat die griechische Regierung in den letzten Wochen viel Vertrauen und auch wichtige Zeit verspielt. Schlussendlich hat Alexis Tsipras doch noch einen Reformvorschlag vorgelegt, auf dessen Grundlage die Verhandlungen für ein weiteres Hilfsprogramm weitergehen können. Dies war ein wichtiger Schritt für Griechenland und für Europa. Auf dieser Grundlage hat der Bundestag beschlossen, der Bundesregierung ein Mandat für offizielle Verhandlungen über die Bedingungen des neuen Hilfsprogramms zu erteilen.

Ein bedeutender außenpolitischer Schritt ist diesen Monat mit dem Atomabkommen mit dem Iran gelungen. Dies ist, in den Worten unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier, ein Meilenstein für die Diplomatie und ein historischer Schritt. Nach jahrelangen Verhandlungen ist das Abkommen ein wichtiges Zeichen für die Welt, mit der Hoffnung, dass der Iran durch die Öffnung und Annäherung an den Westen, zu einem Stabilisator in einer unruhigen Region, wird.

Neben all den außenpolitischen Ereignissen konnte die SPD in der ersten Hälfte dieses Jahres, für die Menschen in diesem Land einiges erreichen. Neben dem Mindestlohn, der Anfang diesen Jahres in Kraft getreten ist, haben wir das ElterngeldPlus eingeführt, das Pflegegesetz weiter reformiert und die Mietpreisbremse durchgesetzt. Auch nach der Sommerpause wird einiges auf uns zukommen: Die Debatte um die Sterbehilfe wird in ihrer abschließende Beratung gehen. Auch die Debatte um ein modernes Einwanderungsgesetz und um eine Reform des Bleiberechts das wir seit Beginn des Jahres fordern, wird uns im Herbst weiter beschäftigen.

Ich wünsche euch allen einen schönen und erholsamen Sommer.

Euer

Rev A.G

Gesagt. Getan. Gerecht. -



1. Wir gehen auch schwierige Themen sachlich und offensiv an: Griechenland

Nachdem viel Zeit und Vertrauen verloren gegangen ist, hat Alexis Tsipras doch noch einen Vorschlag vorgelegt, mit dem die griechische Regierung Forderungen der Gläubiger akzeptiert. Damit gibt es eine Grundlage für weitere Verhandlungen für ein Hilfsprogramm für Griechenland aus dem Europäischen Fonds (ESM), mit dem klamme Euro-Länder unterstützt werden können. Nach den Erfahrungen der letzten Monate, wollen wir aber sichergehen, dass das nicht nur ein taktisches Wendemanöver ist, sondern Griechenland nachprüfbar Erlöse aus Privatisierungen nutzt, um die Schuldenlast zu reduzieren. Deshalb soll es einen Fonds geben, den Griechenland eingerichtet und der von den europäischen Institutionen verwaltet wird. In ihn sollen Privatisierungserlöse fließen, die für Investitionen und Bankenrekapitalisierung genutzt werden. Zweite Bedingung, dass überhaupt verhandelt wird, ist, dass das griechische Parlament bis zum 15. Juli die dringendsten Maßnahmen beschließt. Das sind harte Reformen. Das Land braucht aber auch schnelle Investitionen, um wirtschaftlich gesunden zu können. Wir sind uns auch einig, dass es keinen Schuldenschnitt gibt. Das würde gegen die Stabilitätsregeln verstoßen, nach denen in der EU nicht für die Schulden eines anderen Landes gerade steht. Aber wir haben uns darauf verständigt, dass Griechenland weitere Schuldenerleichterungen durch Streckung der Zahlungsverpflichtungen bekommen kann - wenn es jetzt endlich die Reformen umsetzt. Dass es jetzt so schwierig vor Ort ist, dass kann man ganz klar der jetzigen Regierung zuschreiben. Diese hätte eine Fortführung des Programms haben können. Jedoch hat sich die Regierung mit ihrem Pokerspiel verzockt und muss jetzt die Konsequenzen tragen.

Nachdem der Bundestag in einer namentlichen Abstimmung dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, und ihr so ein offizielles Mandat für Verhandlungen über ein weiteres Hilfsprogramm für Griechenland erteilt hat, wird nun im nächsten Schritt über die konkreten Hilfen, d.h. Bedingungen, Zinssätze und Laufzeiten des Darlehens verhandelt. Über das Verhandlungsergebnis muss der Bundestag dann wieder entscheiden. Erst danach darf der deutsche Vertreter im ESM, der Bundesfinanzminister, überhaupt zustimmen.

2. Mit uns bleibt die Erbschaftssteuer erhalten.

Die SPD hat sich in der Regierungskoalition dafür eingesetzt, dass die Erbschaftssteuer erhalten bleibt, denn sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Dabei sollen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen geschützt werden, so dass Arbeitsplätze dauerhaft erhalten werden können. Während die CSU vor allem großes Vermögen privilegieren möchte, ist es für uns wichtig, dass sich vor allem große Unternehmen und besonders Reiche an die Spielregeln halten und nicht das Ziel eines guten Generationenwechsels durch Gestaltungsmöglichkeiten missbrauchen. Denn die Erbschaftssteuer leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates – und angesichts der zunehmenden ungleichen Verteilung des Vermögens in Deutschland können mit der Erbschaftssteuer diese Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung reduziert werden. Mit dem Gesetzentwurf den das Bundeskabinett beschlossen hat, konnten wir unsere wichtigsten Ziele erreichen: Bei Erbschaften und Schenkungen gibt es in Zukunft keine automatischen Begünstigungen mehr, auch wenn der Betrieb fortgesetzt wird. Von der Steuer sollen nur noch Kleinstbetriebe bis zu drei Mitarbeitern verschont bleiben. Außerdem konnten wir durchsetzen, dass sehr große Vermögen ab 116 Millionen stärker zur Kasse gebeten werden, weil von ihnen nur ein Fünftel begünstigt werden kann.

3. Wir sorgen dafür, dass die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bei der Vorratsdatenspeicherung gewahrt wird.

Wir haben es uns mit der Vorratsdatenspeicherung nicht leicht gemacht. Schlussendlich wiegt die Sicherheit der Bevölkerung mehr. Bei dem Gesetz geht es in erster Linie darum besonders schwere Verbrechen verfolgen und verhindern zu können. Zudem soll die Vorratsdatenspeicherung helfen, den Konsum von Kinderpornografie, Drogenkriminalität, Mord wie auch sexuelle Gewaltverbrechen zu bekämpfen. Wir haben versucht innerhalb der Regierung einen guten Kompromiss zu finden. Genau das ist uns geglückt: Das Gesetz enthält strenge Vorgaben, so dass die Privatsphäre und die Freiheit jeden Bürgers geschützt wird. Somit soll die Speicherung der Verkehrsdaten auf zehn Wochen und die Speicherung der Standortdaten auf vier Wochen beschränkt werden. Hier konnte sich die SPD-Bundestagsfraktion durchsetzen, so dass keine Möglichkeit besteht mittels dieser Daten Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Zusätzlich sieht der Gesetzentwurf vor, dass um eine höchstmögliche Sicherheit der Daten zu garantieren, die Speicherung im Inland passieren muss, d.h. dass die Server in Deutschland stehen müssen

Was wir als nächstes umsetzen...

Wir wollen die Leiharbeit beschränken und den Missbrauch von Werkverträgen begrenzen

Wir möchten, dass Leiharbeit auf ihre Kernfunktion beschränkt bleibt: Sie soll helfen Auftragsspitzen und Personalausfall zu bewältigen. Deshalb wollen wir eine Überlassungsdauer von 18 Monaten und gleichem Lohn einführen. Wir möchten so den Missbrauch von Leiharbeit unterbinden und so die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Die Einführung des Mindestlohns auch für die Leiharbeit war ein wichtiger

Schritt, jedoch konnte der Lohnunterschied zwischen Leiharbeitern und Stammbelegschaft nicht verringert werden. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Lohndumping und die Umwandlung von regulärer Beschäftigung zu Leiharbeit, soll so unterbunden werden. Außerdem wollen wir die Umgehung der Werkverträge bekämpfen.

Wir wollen das Frauen und Männer die gleiche Bezahlung erhalten

Frauen verdienen immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Deswegen wollen wir Unternehmen verpflichten, zur Entgeltgleichheit Stellung zu nehmen. Dies soll Druck auf die Unternehmen und Betriebe machen, denn nur wo die betriebliche Entgeltstruktur offen gelegt wird, kann Lohndiskriminierung beseitigt werden.

Wir wollen menschenwürdiges Sterben ermöglichen

Wir wollen die Betreuung von Sterbenskranken durch Hospiz- und Palliativmedizin weiter verbessern und ein Lebensende in Würde und weitgehend ohne Schmerzen ermöglichen. Zudem soll Sterbehilfe gesetzlich geregelt werden. Hierzu soll ein breiter Diskussionsprozess Antworten finden, wie unsere Gesellschaft das Ende des Lebens gestalten und beim Sterben begleiten möchte.

Zum Thema Sterbehilfe gibt es auch im **Herbst am 16.10.2015 um 18.00 Uhr in Wendlingen** einen "**Fraktion vor Ort**" Termin, bei dem ich gerne mit euch über das Thema diskutieren möchte.

Im Wahlkreis unterwegs...

Der Tag der kleinen Forscher in der Kindertagesstätte "Kroatenhof"



Am Dienstag den 23. Juni 2015 habe ich anlässlich des bundesweiten "Tag der kleinen Forscher" das Kinderhaus Kroatenhof in Nürtingen besucht. Der diesjährige Aktionstag stand unter dem Motto "Wie wollen wir leben". Dabei sollen die Kinder mit Versuchen und Aktionen an die Welt der Naturwissenschaften herangeführt werden. Der Aktionstag war für das Kinderhaus die Auftaktveranstaltung, um das Jahr der kleinen

Forscher einzuleiten. Ich durfte an diesem Tag den "Kleinen Forschern" bei ihren Versuchen, die sich ganz um das Thema Wasser drehten, über die Schulter schauen.

Diakonische Rundfahrt in Kirchheim



Am 23. Juni 2015 war ich anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Kreisdiakonieverbandes Kirchheim und dem 10-jährigen Bestehen der Einrichtung "Eckpunkt" zu einer ganz besonderen "Diakonischen Rundfahrt" eingeladen: Unser Fahrer Herr Krecht nahm uns mit seinem alten Mercedes Omnibus aus den 70er Jahren, mit durch den Kirchenbezirk Kirchheim. Mit dem Bus fuhren wir die verschiedene Standorte und Wirkungsstätten der Diakonie im Kirchenbezirk

an. Auch im Bus haben wir, durch Beiträge und Diskussionen, eine Reise durch die bunte Landschaft der Diakonie unternommen. Neben der Flüchtlingsarbeit, war auch die Betreuung von Langzeitarbeitslosen sowie die ambulante Pflege ein Thema. Dabei war es mal etwas ganz besonderes nicht in einem Raum, sondern in einem alten Omnibus über die vielfältigen Aufgaben der Diakonie zu sprechen.

Berlinfahrt im Juli



Berlin ist über die Jahre zu meinem zweiten Zuhause geworden. Im Juli durfte ich wieder 51 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Ich freue mich, dass die Menschen so das spannende politische Berlin, kombiniert, mit den touristischen Attraktionen, der Hauptstadt kennenlernen können. Die Fahrt wurde auch diesmal vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert. Auf dem Programm stand natürlich auch dieses Mal der Besuch des Reichstagsgebäudes. Dort habe ich mich mit der Gruppe getroffen und zusammen über aktuelle politische Themen diskutiert. Weitere Programmpunkte waren der Besuch des Ministeriums für Familie, Kinder, Senioren und Frauen, das Willy-Brandt Haus, das Alliierten Museum, das ehemalige Stasi-Gefängnis und

heutige Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen und das Centrum Judaicum. Die Teilnehmer sind fast ausschließlich bürgerschaftlich Engagierte aus den unterschiedlichsten Bereichen. Dies, so finde ich, ist eine wunderbare Gelegenheit sich bei denen zu bedanken, die oftmals über viele Jahre ihre Freizeit in den Dienst von anderen stellen.

Vormerken solltet ihr euch...

Datum	Zeit	Was	Ort
Sa, 12.09.2015	11:00 Uhr	Sommerfest des OV Nürtingen	Schillerplatz, Nürtingen
So, 13.09.2015	11:00 Uhr	Mäulesmühlenfest OV Leinfelden	
Fr, 16.10.2015	18:00 Uhr	Fraktion vor Ort zum Thema "Sterbehilfe"	Wendlingen
Fr, 06.11.2015	19:30 Uhr	Fraktion vor Ort zum Thema "Asyl"	Nürtingen

Interessante Presseartikel

Über den Kampf gegen Schleuser: http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/rainer-arnold-ueber-den-kampf-gegen-schleuser--107433275.pdf.

Deutschland muss sich stärker bei der UN engagieren. Dazu ein Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau: <a href="http://www.fr-online.de/gastbeitraege/gastb

Unsere Verantwortung für die Rüstungswirtschaft: http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl-files/pms/Artikel/2015/Infobrief Heer Juni 2015.pdf.

Über den G36 Ausschuss: http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files/pms/Artikel/2015/faz_g36ausschuss17052015.pdf.

Über die Einheitlichkeit bei EU-Rüstungsprojekten: http://www.br.de/presse/inhalt/pressemitteilungen/bayern2-radiowelt-886.pdf.

Mehr Europäisierung für Europas Verteidigungspolitik: http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files/pms/Artikel/2015/Europ_sicherheit_technik_Mai20_15.pdf.

Besuch der Bundeswehr: http://www.suedkurier.de/region/linzgau-zollern-alb/stetten-am-kalten-markt/Arnold-besucht-Bundeswehr;art372576,7823087.

Besuch beim Zentrum für Kampfmittelbeseitigung: http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.stetten-am-kalten-markt-der-standort-entwickelt-sich-anders.31bb4345-be73-493b-b415-49cfe685e473.pdf.

Grußwort zum Tag der Arbeit: http://tinyurl.com/o9vsdea

Welche Verantwortung trägt Deutschland in der Welt? Diskussionsveranstaltung in Goslar: http://tinyurl.com/p3rjfdr

Zu den Mängeln bei der Bundeswehr: http://tinyurl.com/pg9km4y

Zur G36 "Das ist nicht mehr zu verantworten": http://tinyurl.com/nzercgi

Ausverkauf deutscher Panzer an Frankreich verhindern!

er eine vertiefte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik anstrebt, kommt an einer Konsolidierung der europäischen Rüstungswirtschaft nicht vorbei: Die Budgets sind überall knapp, die Stückzahlen klein und neue Großprojekte nicht in Sicht. Zweifelsohne ist dabei Frankreich ein wichtiger, auch schwieriger Kooperationspartner. Für Frankreich ist der Einsatz militärischer Mittel und forcierter Rüstungsexporte ein gängiges außenpolitisches Instrument. Der Rüstungssektor ist staatlich geprägt und wird von starken Interessensvertretungen unterstützt. In der Bundesrepublik dagegen besteht eine Tradition militärischer Zurückhaltung mit einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik.

Um von der starken französischen Präsenz nicht untergebuttert zu werden, müssen wir, wie die Franzosen, konsequent an nationalen Interessen festhalten und diese bei Zusammenschlüssen entsprechend verteidigen. Die schlechten Erfahrungen, die Deutschland bei dem Gemeinschaftsunternehmen Airbus mit der Konzentration der wichtigen Entwicklungskapazitäten auf den französischen Standort Toulouse gemacht hat, dürfen sich nicht wiederholen. Bei dem gemeinsamen Vorhaben für das geschützte Fahrzeug "Boxer" sind die Franzosen ausgestiegen, haben die vorliegenden Ergebnisse mitgenommen und für ein eigenes Produkt genutzt. Nur harte Verhandlungen auf Augenhöhe und politische Begleitung führen zu Kompromissen, die auch deutsche Interessen wahren.

Vor diesem Hintergrund muss die ge-

plante Fusion der Panzerschmiede Krauss Maffei Wegmann (KMW) mit dem staatlichen französischen Rüstungsunternehmen Nexter äußerst kritisch bewertet werden. Betriebswirtschaftlich ist der Schritt schlüssig: Nexter ist im internationalen Markt nicht wettbewerbsfähig. Im Gegensatz dazu ist KMW zwar technologisch herausragend, hat aber mit eingeschränkten Exportmöglichkeiten zu kämpfen. Das "Kant" genannte Joint Venture sieht eine auf fünf Jahre befristete 50:50-Beteiligung beider Unternehmen vor, die damit gleichberechtigt Entscheidungen treffen. Danach ist die Neuverteilung der Anteile möglich.

Auf den Fluren der französischen Politik ist deutlich zu vernehmen, dass geplant ist, die Anteile der Eigentümerfamilie zu übernehmen. Für KMW ließen sich die strengen deutschen Export-Richtlinien durch eine 80:20-Prozent-Regelung umgehen: Das Land, in dem 80 Prozent des Produktionsanteils geleistet wird, trifft allein die Exportentscheidungen. Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich auszumalen, welches Land sich den großen Wertschöpfungsanteil sichert. Zudem wird schon jetzt gefordert, dass bei Überschneidungen der Produktpaletten nur noch die kostengünstigere Version von Nexter angeboten werden soll. Nexter ist besonders in strukturschwachen Regionen angesiedelt. Der Widerstand in Frankreich wäre groß, ginge es dort um Standortschließungen. Im Gegensatz dazu scheinen München und Kassel Verlagerungen zugunsten Frankreichs hinzunehmen.

Die Fusion betrifft die Rüstungssparte in Deutschland insgesamt, viele mittel-

ständische Zulieferer werden den Kürzeren ziehen. Bisher arbeitete KMW eng mit Rheinmetall zusammen. Der französische Konzern Thales ist ein direkter Konkurrent, und die französische Politik versteht die nationalen Interessen zu wahren. Obendrein wird Frankreich ein "Golden Share" auf einen Teilbereich (Munition) zugesichert, womit sich der Staat ein Vetorecht sichert.

Deutsche Sicherheitsinteressen sprechen eindeutig gegen "Kant". Wenn die gerade erfolgte Definition von Schlüsselfähigkeiten nicht zur Makulatur werden soll, muss die deutsche Politik alle Möglichkeiten nutzen, um die Fusion zumindest in der geplanten Form zu verhindern. Es schmerzt, dass der eigentlich richtige Weg, zunächst KMW und die Rüstungssparte von Rheinmetall zusammenzuführen, nicht zuletzt aufgrund persönlicher Animositäten nie ernsthaft verfolgt wurde. Die nächsten fünf Jahre sind schnell vorbei, die Erbengeneration von KMW wird vor allem ihre Dividenden im Blick haben. Dann ist es zu spät. Deshalb sollte die Fusion - und damit der Ausverkauf einer wichtigen Kernfähigkeit ebenso verhindert werden wie das Ausschalten eines bisher erfolgreichen deutschen Konkurrenten. Mit der Fusion wird KMW zunehmend ein französisches Unternehmen, und die auch mit Steuermitteln aufgebaute Technologie wandert ins Nachbarland ab. Deutschland würde seinen Spitzenplatz unwiederbringlich verlieren. Und der "Leopard der Zukunft" würde ein Franzose.

Der Autor ist der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Mein Beitrag in der FAZ vom 08.07.2015 online (http://tinyurl.com/plg28h8)

Die Wahlkreis-Rundschau 3/2015 erscheint voraussichtlich im Dezember 2015.